

DKP-Informationen

Nr. 4/2018 - 25. April 2018

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstandes 21./22. April 2018 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstandes 21./22. März 2018, Essen

Inhalt

- Referat: Zu aktuellen Entwicklungen und zur Auswertung des 22. Parteitages
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
- Beschlüsse
- Weitere Materialien

Tagesordnung

1. Vorstellungsrunde
2. Referat zu aktuellen Entwicklungen und zur Auswertung des 22. Parteitages
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Arbeitsweise und Geschäftsordnung des Parteivorstandes
4. Wahlen zum Sekretariat des Parteivorstandes
5. Herangehen der DKP an die Kampagne "abrüsten statt aufrüsten"
Einleitung: Björn Schmidt, Mitglied des Parteivorstandes der DKP
6. 20. UZ-Pressfest
Einleitung: Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
7. Weitere Beschlussfassung
8. Schlusswort

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstandes 21./22. April 2018, Essen

Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Zu aktuellen Entwicklungen und zur Auswertung des 22. Parteitages

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor wenigen Tagen haben sich ver.di und die Arbeitgeber des Bundes und der Kommunen auf einen Tarifabschluss geeinigt. Voraus gegangen war ein Arbeitskampf, bei dem die ver.di-Mitglieder in mehreren Warnstreikrunden ihre Kampfbereitschaft gezeigt haben. Sie war groß, von überall wird berichtet, dass die Beteiligung gut war und oft auch Kolleginnen und Kollegen einbezogen wurden, bei denen nicht damit gerechnet worden war. Die Wut ist und war verständlich.

Der öffentliche Dienst bezahlt schlecht, die unteren Gehaltsgruppen liegen weit unter dem Durchschnittsverdienst. Das bedeutet ein schlechtes Auskommen im Arbeitsleben und Armut im Alter. Vor allem die soziale Komponente einer Erhöhung um mindestens 200 Euro sollte dem entgegensteuern. Im Verhältnis zur Grundforderung von 6 Prozent hätte das für alle Gehälter unter 3.300 Euro monatlich eine überdurchschnittliche Erhöhung bedeutet. Das ist keineswegs viel, wenn man bedenkt, dass im Jahr 2016 das durchschnittliche Monatseinkommen ohne Sonderzahlungen im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe laut statistischem Bundesamt bei 3.700 Euro lag. Dass ausgerechnet diese Komponente zum wiederholten Male auf der Strecke blieb, ist das erste große Problem dieses Abschlusses.

Das zweite ist die ungeheuer lange Laufzeit von 30 Monaten mit der geringen Erhöhung in der dritten Stufe im März 2020. Keiner weiß doch heute, ob wir es in zwei Jahren nicht mit einer wesentlich höheren Inflationsrate zu tun haben – schnell können solche niedrigen Stufen Reallohn-Abbau bedeuten. Und natürlich ist das auch ein Problem der Kampferfahrung und des Bewusstseins. Dass dieses in der Auseinandersetzung sprunghaft steigt, war bei den Warnstreiks spürbar. Dass vieles davon in 30 Monaten wieder verpufft, weiß jeder, der über etwas Erfahrung verfügt. Zumindest bei den Arbeitgebern und der großen Koalition dürfte dieses Kalkül eine wichtige Rolle spielen. Auf Seiten der Gewerkschaft wird dies entweder unterschätzt oder man lässt sich darauf ein. Natürlich sind Tarifabschlüsse Ausdruck von Kräfteverhältnissen, trotzdem bezweifle ich, dass es notwendig war,

diese Kröten zu schlucken.

Im Kampf um Personalbemessung gibt es wohl innerhalb von ver.di widerstrebende Tendenzen. Das hat sich wohl mit der Großen Koalition verstärkt. Offensichtlich machen die heuchlerischen Aussagen von Politikern, dass man den Notstand ja kenne, in Verbindung mit Zusagen, die weniger sind als der Tropfen auf dem heißen Stein, immer wieder Hoffnung, irgendwas könne sich verbessern, wenn man nur lange genug an die Vernunft der Herrschenden und ihrer Regierung appelliert. Dabei sind die Voraussetzungen für Kampferfolge gut. Die Stimmung in den Betrieben ist kämpferisch, zumindest dort, wo daran gearbeitet wurde. Flächendeckend gibt es niemanden, der sich wagt zu sagen, dass die Situation im Gesundheitswesen auch nur befriedigend sei. Die Bündnismöglichkeiten auch außerhalb der Betriebe sind hervorragend, weil jeder weiß, wie dramatisch die Zustände in der Pflege, im Gesundheitswesen sind, solange man sich nicht die aus dem Boden schießenden Komfortstationen, man könnte sie auch Geldsackstationen nennen, leisten kann.

In Hamburg machen die Beschäftigten, macht ver.di, machen unsere Genossinnen und Genossen jetzt gute und ermutigende Erfahrungen in der Wahrnehmung dieser Bündnismöglichkeiten. In kürzester Zeit wurde die erste Hürde für einen Volksentscheid auf Landesebene genommen, und zwar überdeutlich. Nein, SPD und Grüne finden das nicht gut. Die Menschen aber schon. Wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, ihren Widerstand zu artikulieren, sind sie weniger gefährdet, der Hin- und Herschieberei der Verantwortung zwischen den verschiedenen Ebenen des Parlamentarismus auf den Leim zu gehen.

Die Genossinnen und Genossen in Hamburg machen gute Erfahrungen, die wir dringend für die gesamte Partei verallgemeinern müssen. Wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass unser Genosse Olaf Harms einer der drei Vertretungsberechtigten dieser Initiative für einen Volksentscheid ist. Wir denken, dass diese Aktion auch für den gewerkschaftlichen Widerstand, den Kampf um eine ausreichende Personalbemessung eine große, eine bundesweite Bedeutung hat. Hier kann durch Bündnispolitik eines wich-

tigen Teils der Arbeiterklasse mit anderen Schichten eine Dynamik erreicht werden, die auch den gewerkschaftlichen Orientierungen eine neue Dynamik gibt.

Der nächste Schritt wird jetzt vermutlich in einigen Monaten sein, dass innerhalb von drei Wochen wieder 60.000 gültige Unterschriften von Hamburger Bürgern gesammelt werden müssen. Das wird sicher ein Kraftakt. Der Kampf um einen Volksentscheid wird auch in Berlin geführt. Auch dort liegen bereits Unterschriften vor, um die erste Hürde zu nehmen, der Abgabetermin ist aber erst am 11. Juni. Hier würden uns natürlich auch die Erfahrungen der Berliner Genossinnen und Genossen interessieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

objektiv betrachtet könnten wir ja zufrieden sein, wenn das Leben die Orientierungen unseres Parteitages bestätigt. Es macht aber auch Angst, wenn man sieht, wie der Imperialismus mit dem Feuer spielt. Ein angeblicher Anschlag auf einen ehemaligen Spion gegen Russland, der jahrelang in Russland im Gefängnis saß – er soll Jahre später durch Russland in England vergiftet worden sein. Dabei sind die Russen so blöd, ein Gift zu verwenden, das es angeblich nur in Russland gibt, und erreichen noch nicht mal ihr tödliches Ziel. Na ja, bei James Bond im Kalten Krieg waren die Russen, Chinesen und Nordkoreaner auch immer ein bisschen doof, da kann ja Putin nicht besser sein. Man könnte lachen, aber der Imperialismus provoziert eine diplomatische Krise erster Ordnung, rasselt mit den Säbeln und zerschlägt Kommunikationskanäle, die das Säbelrasseln entschärfen könnten.

Aber auch der Araber ist doof. Kurz bevor es ihm gelungen ist, die Terroristen aus der Umgebung der Hauptstadt zu vertreiben, schmeißt er noch schnell eine Fassbombe mit Giftgas, das er international bestätigt gar nicht mehr hat. Bevor die Kontrolleure, die er dann ins Land lässt, prüfen können, bomben die USA, Frankreich und Großbritannien völkerrechtswidrig und versuchen das auch gar nicht zu vertuschen. Auch hier könnte man fragen: Wollt ihr uns, wollt ihr die Menschen für doof verkaufen? Das würde aber die Dimension übersehen. Das war ein gemeinsamer Militärschlag der drei Atommächte der NATO. Er zielte auf einen Verbündeten der Atommacht Russland und er ist Teil der Aggressionsstrategie dieser imperialistischen Atommächte gegen die Atommächte Russland und China. Solch eine Eskalation kann immer die Dynamik zum Flächenbrand beinhalten und der Flächenbrand wäre dann eine militärische Konfrontation zwischen den NATO-Atommächten und Russland. Möglicherweise anfangs im Nahen oder Mittleren Osten, aber kaum begrenzt. Danach käme mit großer Wahrscheinlichkeit Europa. Die Welt tanzt am Rande dieses Flächenbrands – die NATO-

Staaten, die NATO sind die Brandstifter und die Bundesregierung applaudiert.

Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die Ihnen in den Arm fällt. Wir brauchen die Zusammenführung von Arbeiter- und Friedensbewegung, um sie zu stoppen. Es war gut, dass die Ostermärsche überall größer waren als in den vergangenen Jahren. Aber im Verhältnis zur Notwendigkeit waren sie immer noch viel zu klein. Der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ kann hier eine zentrale Formierungsrolle spielen. Es ist gut, dass jetzt bereits 40.000 Unterschriften vorliegen. Erstaunlich trotzdem, dass der Aufruf bei den Ostermärschen recht wenig präsent war und selbst viele Teilnehmer ihn nicht kannten oder noch nicht unterschrieben hatten. Dies ist unser Stand aus den Erfahrungen einiger Ostermärsche. Wir sollten hier weitere Erfahrungen zusammentragen und sie bei der Diskussion und Beschlussfassung über unsere Aktivitäten im Friedenskampf berücksichtigen.

Die Notwendigkeit, den Friedenskampf zu intensivieren, ergibt sich aber keineswegs nur aus der außenpolitischen Situation. Ein zentrales Fazit, dass man angesichts des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD ziehen muss, ist, er ist ein Dokument der NATO-Einordnung, ein Dokument der Orientierung auf die Zementierung einer EU unter deutsch-französischer, aber vor allem auch deutscher Führung und der Militarisierung der EU. Er ist ein Dokument der Hochrüstung. Da wundert es nicht, dass zur Klausur dieses Kabinetts aus CDU, CSU und SPD NATO-Generalsekretär Stoltenberg als Gast geladen war. Wir müssen mit dem Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ vor allem auch dagegen ankämpfen, dass die Gewerkschaften in diesen verhängnisvollen Kurs integriert werden. Wir müssen mit Sozialdemokraten, die ehrlichen Herzens den Aufruf unterschreiben, darüber diskutieren, dass die SPD-Minister und ihre Partei bislang genau das Gegenteil tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir den 22. Parteitag Revue passieren lassen, dann denken wir, dass wir mit den beiden Referaten von Wera Richter und mir eine gute Grundlage für die Diskussionen des Parteitages legten. Der Parteitag war, was die Analyse der politischen und der organisationspolitischen Situation angeht, auf der Höhe der Zeit. Der Parteitag war diskussionsfreudig, konstruktiv und davon geprägt, dass zunehmend jüngere Genossinnen und Genossen sich in die Diskussion einbrachten. Das ist gut so.

Der Parteitag war sehr arbeitsintensiv und trotzdem hatten wir nie den Eindruck, dass die Delegierten in den Debatten und Diskussionen abgeschaltet hätten. Es war ein sehr aufmerksames und konstruktives Klima. Im Referat von Wera unterbreiteten wir eine Konkretisierung

der Orientierung des Antrags zur Stärkung der DKP. Wir machten den Vorschlag, bis zum Pressefest 30.000 Unterschriften unter den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ zu sammeln, und wir orientierten auf konkrete Schritte der Gruppen und Leitungen, dies auch umzusetzen. Wir machten den Vorschlag, dass jede Gruppe mindestens zwei Sammelaktionen als DKP macht und sich kollektiv überlegt, in welche gewerkschaftlichen Gremien bzw. in welche betrieblichen Strukturen wir als Gewerkschaftsmitglieder diese Diskussion tragen. Wir machten den Vorschlag, dass alle Gruppen prüfen, ob sie eine öffentliche Veranstaltung durchführen können. Wir gaben Anregungen für die Arbeit der Leitungen, die Gruppen dabei zu unterstützen.

Auf der heutigen PV-Tagung werden wir uns noch mit diesem Thema befassen und Beschlüsse fassen. Die Orientierung greift aber und sie ist angesichts der Kriege notwendiger denn je. Um kurz mit Gerüchten aufzuräumen: Wir haben niemals darauf orientiert, nur noch als DKP aktiv zu werden. Natürlich sind wir innerhalb der Friedensbewegung aktiv und bleiben das. Wir wollen aber zusätzlich die Aktivitäten der DKP-Gruppen. Wir haben ebenfalls niemals darauf orientiert, nur noch auf die beim Parteitag ausgegebenen Formulare zu sammeln – diese hatten wir übrigens zuvor mit den Trägern des Aufrufs abgestimmt –, aber wir waren gut beraten, auch mit Material einen Anfangsimpuls zu setzen. Und drittens hatten wir auch nicht darauf orientiert, die Unterschriften nur noch beim Parteivorstand und nicht beim Aktionsbüro abzugeben. Selbstverständlich leiten wir die bei uns abgegebenen Unterschriften immer weiter und andersherum bitten wir euch, wenn ihr direkt beim Aktionsbüro einreicht, dann meldet uns die Zahl der gesammelten Unterschriften. Das waren die drei Gerüchte – manchmal war es aber auch ein Popanz. Ich denke, es ist sinniger, Kraft auf die Sammlung der Unterschriften aufzuwenden, denn für den Popanz. Wir wissen, dass sich mittlerweile auch die ersten Bezirke Ziele gesetzt haben, Ruhr-Westfalen will 5.000 Unterschriften sammeln, Hamburg 3.000. Das geht in die richtige Richtung, genauso wie die Tatsache, dass mit dieser PV-Tagung 2.253 Unterschriften hier vorliegen und weitere 832 als direkt bei den Initiatoren abgegeben gemeldet sind.

Den beiden Referaten schloss sich die allgemeine Debatte an. Sie brachte zum Ausdruck, dass die DKP dabei ist in den Kämpfen und Aktivitäten. Das galt vor allem für die Auseinandersetzungen im Gesundheitswesen. Mehrere Gäste, auch Gäste, die nicht unserer Partei angehören, brachten zum Ausdruck, dass sie sehr beeindruckt waren, was in dieser Debatte an Erfahrungen zusammengetragen wurde. Die Konferenzleitung hatte das Problem der Strukturierung dieser Debatte. Hier müssen wir bedenken, wie viele

Faktoren zu berücksichtigen sind. Aus der Geschäftsordnung ergibt sich die Quotierung, aber auch die Bezirks- und Landesorganisationen wollen berücksichtigt sein. Die Themen spielen eine Rolle und das Spektrum der Meinungen und Positionen will bedacht sein – da war die Zeit zwischen den Referaten und dem Beginn der Diskussion etwas kurz. Die Konferenzleitung hat im Verlauf des Parteitags selbstkritisch eingeschätzt, dass die Strukturierung der allgemeinen Debatte noch Luft nach oben hatte.

In der allgemeinen Debatte und während der Antragsdebatte am Sonntag kamen auch unsere Gäste zu Wort – es waren einige: national sprachen zu uns Rainer Braun für das Aktionsbüro von „abrüsten statt aufrüsten“, Ulrich Schneider für die VVN-BdA, Arnold Schölzel für den Rotfuchs und natürlich unsere Genossinnen und Genossen der SDAJ. International hatten wir mit Blick auf das UZ-Pressefest ja nur „klein“ eingeladen, die Vertreter der Vier-Parteien-Zusammenarbeit und die Botschaften der Länder mit sozialistischer Orientierung. Fast alle waren gekommen, nur die Botschaft aus Laos musste sich entschuldigen – gesprochen haben unsere drei Schwesterparteien und der Botschafter der Republik Kuba.

Danach ging es an die Debatte der beiden Leitanträge – ehrlich, wer hätte erwartet, dass wir dieses Pensum schaffen, lagen dazu doch knapp 400 Anträge vor. Da hat der 22. Parteitag mit hoher Konzentration und Disziplin viel geleistet. Das Erste und Wichtigste, der Parteitag, oder besser die Partei mit dem Parteitag hat sich Überlegungen erarbeitet, wie wir mit der historisch konkreten Situation der Defensive der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung umgehen, wo sie ihre Ursachen hat und welche Wege es gibt, aus dieser Defensive herauszukommen und an die proletarische Revolution heranzuführen. Mit einem gewissen Stolz können wir damit sagen, dass wir die einzige Partei in diesem Land sind, die über solche Überlegungen verfügt. Wir haben dafür unsere Analyse der geschichtlichen Entwicklung des Imperialismus, aber auch die Analyse der heutigen Situation des deutschen Imperialismus, die Rolle der NATO und der EU präzisiert. Nun wissen wir auch, dass Geschichte nicht nach einem Regieplan abläuft. Deshalb wissen wir auch, dass unsere Strategie und Taktik immer wieder der konkreten historischen Situation angepasst werden muss. Wir wissen aber auch, dass der, der nicht die konkrete historische Situation analysiert, um davon ausgehend eine revolutionäre Strategie zu entwickeln, letztlich die revolutionäre Weltanschauung in einen Elfenbeinturm verbannt und nicht in der Lage sein wird, eine revolutionäre Praxis zu entwickeln.

Bei diesem Prozess hat die Partei intensiv gearbeitet. Zum Leitantrag 1 lagen 310 Änderungsanträge vor. Die Antragskommission

hat intensiv gearbeitet – ihr gebührt großer Dank. Und der Parteitag hat intensiv gearbeitet. Dieses Pensum war groß, aber auch die Aufmerksamkeit, die Konzentration, die Diskussionsbereitschaft war groß. Mit Fug und Recht kann man sagen, das Ergebnis ist ein Ergebnis aller Delegierten und der ganzen Partei. Wenn ich es an dieser Stelle auch kurz inhaltlich bewerten darf, so hat der Parteitag auf Basis der Anträge aus der Partei den Leit-antrag einerseits nochmal etwas nach „links“ geschoben und gleichzeitig hat der Parteitag immer dann auch Stopp gesagt, wenn Anträge dabei drohten über das Ziel hinauszuschießen. Parteitage sind die Materialisierung der kollektiven Weisheit der Partei. Dieser war darin aus meiner Sicht sehr qualifiziert.

Dabei hat er die Diskussion keineswegs beendet. Das wäre falsch, weil sich die konkrete historische Situation verändert und von Revolutionären immer eine Weiterentwicklung von Strategie und Taktik verlangt. Es wäre aber auch falsch, weil wir wissen, dass wir wesentliche Fragen weiter diskutieren und unsere Antworten qualifizieren müssen.

Es war gut und richtig, dass der Parteitag einer Überlegung der Delegierten aus Ruhr-Westfalen gefolgt ist, die Anträge zur Frage der Programm-überarbeitung vor dem Leit Antrag zu behandeln. Es war gut und richtig, dass der Parteitag der Intention eines Antrags aus Stuttgart-Nord gefolgt ist, dem 23. Parteitag ein Dokument vorzulegen, in dem Voraussetzungen und Maßnahmen abgesteckt und entwickelt werden, um das Programm zu überarbeiten. Und es war gut und richtig, dass wir ausgehend von einem Antrag aus Hamburg-Süd Fragen bestimmt haben, die in der weiteren Debatte stehen. Dazu kommen Fragen, die sich aus den Diskussionen des Parteitags ergeben. Dazu gehört sicherlich die Diskussion über den Doppelcharakter von Reformen und der Bedeutung von materiellen Ergebnissen von Reformkämpfen. Aus meiner Sicht neigen Genossinnen und Genossen dazu, die Bedeutung von materiellen Ergebnissen von Reformkämpfen ausschließlich in der Gefahr der Einbindung der Kämpfenden zu sehen. Die gibt es natürlich. Aber heute erleben wir doch viel mehr, wie die Arbeiterklasse sowohl integriert als auch entmutigt ist, waren doch die letzten Jahrzehnte von Niederlagen und bestenfalls von der Abmilderung von Angriffen im Ergebnis von Kämpfen geprägt. Diese wurden fälschlich oft zu Erfolgen umgedeutet. Die Arbeiterklasse unseres Landes verfügt doch in ihrem im Produktionsprozess stehenden Teil kaum mehr über die Erfahrung von realen Erfolgen. Das zermürbt, demoralisiert, vereinzelt.

Die Debatte ist sicher auch zu führen, welche Faktoren darüber bestimmen, ob Erfolge in Reformkämpfen zur Einbindung oder zur weiteren Mobilisierung führen. Ich denke, dass wir früher zu Recht bestimmten, dass ein wesentlicher Faktor ist, inwiefern eine möglichst umfassende

Massenmobilisierung zum Erfolg führte. In der heutigen Phase, in der Erfolg ja meist eher die Abwehr von Angriffen ist, kommt aus meiner Sicht als Faktor die richtige oder falsche Bewertung solcher Erfolge dazu. Ein Beispiel: Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen kann es großartig sein, wenn betriebsbedingte Kündigungen durch Kämpfe verhindert werden, trotzdem ist es für das Bewusstsein der betroffenen Teile der Arbeiterbewegung kontraproduktiv, wenn das euphorisch zum Erfolg erklärt wird ohne zu problematisieren, dass es gleichzeitig eine durch die Kräfteverhältnisse erzwungene Niederlage ist.

Umstritten war die Begrifflichkeit der Wende. Delegierte befürchteten, dass wir damit eine Art weitere Gesellschaftsformation umreißen würden. Dies wäre natürlich völlig falsch. Es geht um die notwendige Veränderung der Kräfteverhältnisse, heraus aus einer Phase, in der die Arbeiterbewegung weltweit seit Ende der 70iger Jahre in die Defensive geraten ist. Eine Defensive, die durch die Konterevolution in den europäischen Ländern noch einmal dramatisch verschärft wurde.

Eine weitere Frage, über die wir die Diskussion intensivieren müssen, ist die Entwicklung der Länder mit einer sozialistischen Orientierung. Aus meiner Sicht ist es in der Frage Krieg und Frieden, in der Frage der gesamten weltpolitischen Entwicklung dringend geboten, dass wir uns mit der Entwicklung aller Länder befassen, die für sich eine sozialistische Entwicklung beanspruchen, und es ist eine zwingende Notwendigkeit, dass wir uns tiefer mit der Entwicklung der Volksrepublik China befassen, die weltpolitisch eine entscheidende Bedeutung hat. Das heißt auch, dass wir die Beziehungen zur KP Chinas intensivieren wollen.

Wir haben mit dem Parteitag auch feststellen können, dass die Diskussion auch damit zu tun hat, dass ein wachsender Teil unserer Genossinnen und Genossen und auch der Delegierten unsere Diskussionen von vor 1989 gar nicht kennt, gar nicht kennen kann, weil diese Genossinnen erst später zur Partei gekommen sind. Hier die Zahlen aus dem Mandatsprüfungsbericht: 56 Delegierte, das sind 34 Prozent, sind in der Zeit zwischen 1991 und 2010 Mitglieder unserer Partei geworden. 35 Delegierte gehören unserer Partei erst seit 2011 an. Das sind 21 Prozent. Zusammen also 55 Prozent der Delegierten. Das ist ein gutes Zeichen, wir müssen es aber auch hinsichtlich der Erfahrungen beachten.

Wir haben aber nicht nur unsere Strategie präzisiert und Fragen bestimmt, die wir weiter diskutieren wollen und müssen, nein, wir haben mit dem zweiten Leit Antrag auch eine Handlungsorientierung entwickelt, die sich aus diesen strategischen Überlegungen ergibt, und wir haben das verbunden mit Überlegungen, wie wir dazu das entscheidende Instrument entwickeln können,

uns selbst, die Deutsche Kommunistische Partei. Wir sind sicher, dass dieser zweite beschlossene Leitantrag zusammen mit den Konkretisierungen zum kampagnenhaften Herangehen an die Unterschriftensammlung „abrüsten statt aufrüsten“ in Weras Referat für alle Gruppen eine Grundlage sind, ihre Arbeitsplanungen zu konkretisieren. Leitungsaufgabe, und zwar auf allen Ebenen, ist es, dabei zu helfen und die Leitungsarbeit darauf zu konzentrieren. Diese Fokussierung auf die Arbeit der Gruppen ist keine Neuigkeit des 22. Parteitag, sie ist eine Fortschreibung. Dies auch deswegen, weil wir vielfach die Erfahrung machen, dass es meist länger dauert, als wir erhoffen, bis Orientierungen greifen.

Was die Orientierung auf die Gruppen angeht, hat der Parteitag dies eindrucksvoll unterstützt mit seiner Veränderung des Statuts hinsichtlich der Delegierung zum Parteitag, die jetzt in erster Linie in den Gruppen stattfindet. Damit haben wir ein Dilemma aufgelöst, das uns bereits mindestens vier Parteitage beschäftigte. Wir haben aber vor allem auch statutarisch bekräftigt, dass die Gruppen die wichtigste Organisationseinheit der Partei darstellen.

Die Gruppen sind unser zentrales Instrument für unsere organisationspolitische Orientierung auf die Arbeiterklasse, auf die Jugend und auf die Intensivierung des Aufbaus unserer Strukturen im Osten. Die Diskussion und Beschlussfassung des Antrags zur organisationspolitischen Stärkung trägt dem Rechnung. Mit ihm, mit dem Referat von Wera, setzen wir den Kurs fort, uns in der Analyse nichts vorzumachen und gleichzeitig eine Orientierung für die Stärkung der Partei zu entwickeln. Wir dürfen uns dabei weder etwas vormachen, unsere altersmäßige Zusammensetzung wird uns vermutlich auch in der nächsten Phase noch Verluste an Mitgliedern bereiten, die wir noch nicht ausgleichen. Auf der anderen Seite gelingt es uns, den Aktivitätsgrad der Partei zu steigern. Das ist an keinem Ort kontinuierlich und meist auch nicht ohne die Gefahr von Rückschlägen oder ohne Rückschläge. Genau das ist aber die Grundlage, um mittelfristig auch in der Mitgliederentwicklung eine Wende zu erreichen.

Es war vorauszusehen, dass die Anträge zur Parteiauseinandersetzung, konkret der Antrag zur Bestätigung der Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern und der Antrag auf Feststellung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik“ bzw. „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“, mit der Mitgliedschaft in der DKP zu streitbaren Diskussionen führen würde. Diese hat der Parteitag geführt und dann doch mit sehr deutlicher Mehrheit beschlossen. Die Bestätigung der Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern mit rund 80 Prozent, der Unvereinbarkeitsbeschluss mit rund 70 Prozent, beide damit mit mehr als einer 2/3-Mehrheit.

Aus meiner Sicht hat der Parteitag damit in aller Deutlichkeit und zum wiederholten Male alle Versuche, am Prinzip der Beschlussverbindlichkeit zu rütteln oder dem Statut entgegengesetzte innerparteiliche Strukturen aufzubauen, zurückgewiesen. Mit derselben Deutlichkeit hat er zurückgewiesen, dass dies mit dem Begriff der „Säuberungen“ diffamiert werden kann, wie dies ein Delegierter versuchte.

Der Parteitag hat eine neue Führung der Partei gewählt. Bei den Vorsitzenden blieb er bei den „Alten“. Die Personaldebatte um die Vorsitzenden war kurz und sehr ruhig. Die Wahlergebnisse eine deutliche Bestätigung und meines Wissens für Wera, Hans-Peter und auch für mich mit jeweils besseren Ergebnissen als beim 21. Parteitag.

Bei der Personaldebatte zu den weiteren Mitgliedern des Parteivorstands kam es leider zu einer Eskalation, die dazu führte, dass Genosse Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender des Saarlands, seine Kandidatur zurückzog. Dies führte auch dazu, dass die Delegierten der Bezirksorganisation Saarland am Sonntag nicht mehr am Parteitag teilnahmen. Wir bedauern das, halten das aber auch für eine falsche Reaktion. Wir haben uns nach dem Parteitag an den Bezirksvorstand gewendet und ein Gespräch vorgeschlagen. Leider halten die Genossinnen und Genossen des Bezirksvorstands Saarland ein solches Gespräch derzeit nicht für sinnvoll. Am kommenden Wochenende findet im Saarland eine Bezirksdelegiertenkonferenz statt. Wir werden hier beraten müssen, wer von Seiten des Parteivorstands daran teilnehmen kann. Die Vorsitzenden sind bereits alle terminlich ausgebucht, das ist nicht gut, aber nicht zu ändern.

Mit einer sehr deutlichen Mehrheit hat der Parteitag einen Antrag abgelehnt, den vom letzten Parteitag aufgegebenen Beobachterstatus in der Europäischen Linkspartei wieder aufzunehmen.

Umgekehrt hat der Parteitag mit einer sehr deutlichen Mehrheit die Durchführung des 20. UZ-Pressesfests beschlossen. Das konnte er, weil die Partei die Voraussetzungen in beeindruckender Weise geschaffen hatte. Bereits zu Beginn des Parteitags war das Ziel von 40.000 Euro Spende bis zum Parteitag deutlich übererfüllt, zum Ende des Parteitags lagen wir bei über 50.000, Euro Spenden für das Pressefest.

Nicht in Vergessenheit geraten sollte der Beschluss zur Wahlpolitik, der angesichts der politischen Situation auf die Eigenkandidatur als Regelform orientiert. In diesem Sinne legen wir euch bei dieser PV-Tagung ja auch einen Antrag zur Herangehensweise an die Diskussion über die EU-Wahlen, die im Mai des kommenden Jahres stattfinden werden, vor.

Zur internationalen Arbeit hat der Parteitag einen Antrag zur Solidarität mit dem sozialistischen

Kuba beschlossen. Den Antrag zur internationalen Arbeit des Parteivorstands hat der Parteitag nicht befasst. Ja, das war eine kleine Ohrfeige für den Parteivorstand. Ich glaube aber, dass es eine Kombination aus Delegierten war, die aus unterschiedlichen Beweggründen für die Nichtbefassung votiert haben. Ein kleiner Teil hatte inhaltliche Probleme mit der Bewertung der Staaten mit sozialistischer Orientierung, vor allem der VR China. Andere hatten Kritik an der Anlage des Antrags, der von uns viel zu spät in die Partei gegeben wurde. Wieder andere dachten, dass der Konflikt darüber erst mal mit Nichtbefassung vom Eis zu bekommen ist. Diese Kombination ergab eine knappe Mehrheit für Nichtbefassung. Das veranlasst mich und die Vorsitzenden zur Selbstkritik, was die Vorbereitung der Diskussion um diesen Antrag angeht.

Die Nichtbefassung war aus meiner Sicht aber keinesfalls der Wunsch nach einem Rückfall in die Orientierung einer internationalen Politik, die wegorientierte vom Fokus auf die Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien. Die internationale Politik der Partei der letzten Jahre wird von der Partei getragen und sie hat uns vorwärtsgebracht – international und national, dafür möchten wir uns vor allem bei Günter Pohl ganz herzlich bedanken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in zwei Wochen sind wir in Trier, wir wollen Karl Marx ehren. Wir wollen nicht gedenken, wir wollen seine Inhalte erkennen und sie auf die Straße tragen. Sein Geburtstag, dieses Jubiläum, scheint auf allen Seiten zu elektrisieren, niemand kann an ihm vorbei. In Trier gibt es den größten Sohn der Stadt jetzt als Ampelmännchen und am 5. Mai wird als Geschenk der VR China eine große Statue enthüllt. Alle freuen sich, alle feiern? Das feiern ist sehr unterschiedlich – sie werden es nostalgisch machen „ja der alte Karl – interessant in seiner Zeit“. Sie werden ihn aufteilen, in den Schreiber schöner Gedichte, den Philosophen, dessen Ansatz doch nicht zur Welterklärung taugt, weil der Mensch eben anders ist, den Ökonomen, der nicht ahnen konnte, wie sozial man den Kapitalismus machen kann. Dabei übersehen sie geflissentlich die Toten im Mittelmeer, die Verteilungskämpfe an den Tafeln, die 65 Millionen Flüchtlinge, die armen und deswegen oft kranken Kinder zum Beispiel hier im Essener Norden. Den

Politiker Marx werden die bürgerlichen Medien, die alle in unterschiedlicher Weise dasselbe schreiben, verantwortlich machen für das, was sie Diktaturen nennen, um von der Diktatur des Kapitals abzulenken, und hier werden sie nahe an den Rassisten, Nationalisten und Faschisten sein, die ebenfalls nicht an Marx vorbei können.

In zeitlich großer Nähe zu unserer Demonstration ist eine Demonstration der AFD für die angeblichen Opfer des Kommunismus angemeldet. Das Wochenende wird also spannend, auch, weil wir wohl die Einzigen sind, die in Trier, an seinem Geburtstag, gemeinsam mit der SDAJ den ganzen Marx würdigen, in dem wir uns mit seinem Gesamtwerk befassen und den Klassenkampf, die Triebkraft der Geschichte auch an seinem Geburtstag, auch in seiner Geburtsstadt auf die Straße tragen.

Wir bedanken uns schon heute bei der SDAJ und den Genossinnen und Genossen der DKP in Trier und Rheinland-Pfalz für die viele Arbeit – die Veranstaltungsräume werden wohl recht voll werden, Übernachtungsplätze gibt es noch ein paar.

Das Wochenende in Trier ist auch ein Warmlaufen für unser Pressefest, auch dort werden wir Marx200 begehen. Der Geburtstag wird das zentrale Thema in der Eislaufhalle sein. Wir freuen uns unter anderem auf die Grenzgänger, Gina Pietsch und Rolf Becker, der bei uns das Manifest lesen wird. Wir werden das gesamte Pressefest, ganz im Sinne von Marx, Engels und Lenin, zu einem großen Friedensfest machen. Frieden, Arbeit, Solidarität, der Kampf gegen Krieg, für Frieden mit Russland und China, der Kampf für den Zusammenhalt der Ausgebeuteten, für unser Sofort-programm wird unser Fest durchziehen. Die Kundgebung auf der Hauptbühne, auf der wir hoffentlich – aber ich bin zuversichtlich – die 30.000 Unterschriften unter den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ übergeben werden, wird ein Höhepunkt, den wir sicher auch mit den Delegationen von mehreren Dutzend Schwesterparteien begehen werden.

Bei den Ostermärschen waren wir gut – die Kämpfe von ver.di haben wir begleitet, bei den Kämpfen um die Personalbemessung ist die DKP mittendrin – wir leben Marx. Deswegen mit mindestens 30.000 Unterschriften unter „abrüsten statt aufrüsten“ vorwärts zum 20. UZ-Pressefest!

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstandes 21./22. April 2018, Essen

Beschlüsse

DKP-Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“

Ausgangslage

Die Initiative zur Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ hat bislang ca. 35.000 Unterschriften unter den Aufruf gesammelt und will bis Herbst die 100.000 knacken. Sie hat von Beginn an bereits durch den Kreis der Erstunterzeichner – u. a. mehrere Gewerkschaftsvorsitzende – gezeigt, dass sie sich von den bisherigen zahlreichen Kampagnen der Friedensbewegung der jüngeren Vergangenheit in puncto Wirksamkeit und politischem Potential unterscheidet. Die politische Bedeutsamkeit der Kampagne liegt nicht allein im Aufgreifen der Ablehnung von Aufrüstung schlechthin, sondern in der Verbindung des NATO-2%-Ziels mit der militärischen Bedrohung der Russischen Föderation durch den „Westen“.

Im überarbeiteten „Weißbuch der Bundeswehr“ von 2016 wird Russland praktisch als militärischer Gegner definiert. Nicht zufällig haben sich Charakter und Tempo der Aufrüstung seit 2014, dem Jahr des Putsches in der Ukraine und der folgenden antirussischen Eskalation verändert. Lagen die NATO-Rüstungsausgaben 2014 – ein Ergebnis der Planungen des Jahres 2013 – noch 0,96 Prozent unter dem Vorjahreswert, so stiegen sie 2015 bereits um 1,84 Prozent, wuchsen 2016 erneut um 3,08 und 2017 um weitere 5,01 Prozent. Mit der quantitativen ist zudem eine qualitative Veränderung bei der Aufrüstung zu erkennen. Beispiel Deutschland: Wurde die Bundeswehr im Rahmen der Neuausrichtung des Jahres 2011 auf Interventionen und Besatzungstätigkeiten in fernen Ländern fokussiert, so gewinnt seit 2014 die Vorbereitung auf mögliche Kriege gegen die Streitkräfte großer Mächte wieder an Bedeutung. Auch wenn viele der Hintergründe im Aufruf von „abrüsten statt aufrüsten“ nicht erwähnt werden, genauso wenig wie zum Beispiel die Kriege von NATO und Bundeswehr, so zielt die Kampagne dennoch darauf ab, den NATO- und BRD-Kriegstreibern eine Hürde an der richtigen Stelle in den Weg zu legen.

Auf dem 22. Parteitag beschlossen wir: „Die DKP unterstützt die Kampagne der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ gegen die NATO-Forderung nach Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Parteivorstand und Friedenskommission entwickeln eine Planung der DKP-Aktivitäten zur Unterstützung und Ausweitung der Kampagne. Notwendig ist es dabei, den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte sowie die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Menschen in Europa durch die aggressive NATO-Politik aufzuzeigen. Das ist die inhaltliche Linie, mit der wir in der kommenden Periode in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften wirken müssen, um dem Ziel der Stärkung der DKP näher zu kommen.“

Politische Ziele der DKP

Die DKP sieht ihre Aufgabe innerhalb der Unterschriftensammlung darin, über die Ursachen und Folgen der NATO-Aufrüstungspläne aufzuklären und dagegen zu mobilisieren. Besonderer Schwerpunkt ist dabei die Agitation gegen die Aggression des Westens und für Frieden mit Russland (siehe Ausgangslage), da der weltpolitische Kontext des NATO-Ziels der Kampf des Imperialismus gegen politisch und ökonomisch aufstrebende Länder wie China und Russland ist. Die DKP stellt ihre Aktivitäten in Ergänzung des Kampagnenmottos „Abrüsten statt Aufrüsten“ unter die Losung „Raus aus der NATO. NATO raus! Frieden mit Russland!“

1. Stärkung der Kampagne durch Sammlung von 30.000 Unterschriften bis Anfang September

Das auf dem Parteitag ausgegebene Ziel ist ehrgeizig, aber schaffbar. Etliche Grundorganisationen haben bereits vor Monaten begonnen und/oder diskutieren Arbeitspläne. Mit dieser Zahl kann es der DKP gelingen, einen wahrnehmbaren Beitrag zur Kampagne zu leisten. Gleichzeitig ist es Aufgabe, weitere Mitstreiter im politischen und persönlichen Umfeld nach dem Schneeballprinzip zu gewinnen.

Örtlich und bundesweit gab es bereits Treffen bzw. sind in Planung, um der Kampagne eine breitere Basis zu verschaffen. Die DKP muss auf allen Ebenen – bundesweit und vor Ort – präsent sein.

2. Aufklärung über die Hintergründe der Aufrüstungs- und Kriegspläne von NATO, EU, BRD und Entwicklung einer Agitation und Propaganda

Die Unterschriftensammlung wird genutzt, um mit Aktionen, Veranstaltungen und weiterer Öffentlichkeitsarbeit über die Ursachen und Folgen der nächsten Aufrüstungsrunde aufzuklären.

Unsere Agitation gegen das NATO-2%-Ziel muss im Sinne unserer antimonopolistischen Strategie an den zentralen Aspekten der Aufrüstungsrunde Frieden, Soziales und Demokratie ansetzen, um weite Kreise der Bevölkerung anzusprechen:

- a. Gefährdung des Friedens und der Sicherheit der Menschen in Europa durch die Eskalation des „neuen kalten Krieges“ gegen Russland. Das Grundrecht auf ein Leben in Frieden wird durch die Profiteure und Treiber der Aufrüstung – die Finanzoligarchie – verweigert.
- b. Raub der Sozial-/Gesundheitskassen und -haushalte mit Lohnsenkungen als Folge. Dieser Aspekt wird teilweise im „abrüsten statt aufrüsten“-Aufruf benannt. Es ist ein zentraler, wenngleich nicht der einzige Aspekt in unserer Agitation.
- c. Durchsetzung der NATO-Aufrüstung und Ausbau der US-Bündnistreue ist nur gegen den Willen und das Interesse der Bevölkerungsmehrheit machbar und damit ein offenkundiger demokratiefeindlicher Akt.

Im Sinne dieser agitatorischen Schlagrichtung ist es unsere Aufgabe, organisierte und unorganisierte Menschen unterschiedlichster Meinungen und Vorstellungen gegen die NATO-Kriegstreiber und ihre Profiteure zusammenzuführen und Spaltungsstrategien der Herrschenden (etwa anhand des bekannten „Querfrontvorwurfs“) entgegenzutreten.

3. Mobilisierung zur DKP-Aktionswoche in Büchel (18.-22. Juli) und zu den Aktivitäten gegen die US-Airbase Ramstein (23.6-1.7.)

Bei Aktionen, Mahnwachen, Demos und Veranstaltungen werben wir für die Kampagne gegen die Atombomben in Büchel und machen auf unsere Aktionswoche sowie die „Stopp Ramstein“-Aktionswoche aufmerksam.

Organisationspolitische Ziele

Durch ein kampagnenartiges Herangehen in der Umsetzung erhöhen wir als DKP unsere Schlagkraft und sind wie im Wahlkampf auch wieder präsenter auf der Straße. Durch die kollektive Vor- und Nachbereitung von Aktionen auf Gruppen- und Bezirksebene und einen organisierten Erfahrungsaustausch auf diesen Ebenen bilden wir uns gemeinsam inhaltlich und praktisch weiter. Die gemeinsame Erfahrung nutzen wir, um das Gemeinschaftsgefühl und unsere Identität als Kommunistische Partei zu stärken.

Aufgaben des Parteivorstands

- Organisation eines Friedensratschlages für den kollektiven Erfahrungsaustausch, um politische Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit innerhalb der Kampagne zu ziehen
- Bundesweite Bündnisarbeit: Kontakt zur Initiative; Teilnahme am bundesweiten „Austausch, Vernetzung und Strategie Treffen“ am 17. Juni in Frankfurt a. M.; Diskussionsrunde mit Bündnispartnern auf dem UZ-Pressfest
- Organisierung eines vorläufigen Abschlusses auf dem UZ-Pressfest mit symbolischer Übergabe der Unterschriften an die Initiative
- Unterstützung der Grundorganisationen durch Bereitstellung einer Bildungszeitung „Rolle der Kommunisten in der Friedensbewegung“
- Unterstützung der Grundorganisationen durch Erstellung von Material für eine öffentliche Veranstaltung in Eigenregie oder mit Referenten (Erstellung einer Referentenliste)
- Sammlung guter Beispiele von Aktionen der Bezirke/Kreise/Grundorganisationen und Verbreitung in der Partei
- regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Kampagnenbeschlüsse

Aufgaben der Bezirke, Kreise und Gruppen

- Aufstellung von örtlichen/bezirklichen Arbeitsplänen mit Zielzahlen und Weitergabe an das PV-Sekretariat bis Ende Mai
- Sammeln von Unterschriften
- Durchführung von mind. zwei Infotischen bzw. öffentlichkeitswirksamen Aktionen
- Durchführung mind. einer öffentlichen Veranstaltung/eines öffentlichen Gruppenabends
- Verteilen der Friedensinfos 2018
- Teilnahme und ggf. Organisation örtlicher Kampagnen-Bündnistreffen
- Diskussion über Möglichkeiten der personellen Stärkung der Friedenskommission beim PV
- Diskussion um Teilnahme an den Büchel- und Ramstein-Aktionswochen

Öffentlichkeitsarbeit

Der PV gibt folgende Materialien zusätzlich zu den bereits erschienenen heraus:

- Zwei Friedensinfos (Aktuell und Antikriegstag)
- Mobilisierungsflyer Büchel (in Zusammenarbeit mit dem Bezirk RLP)
- Kurzartikel zur Verwendung in Kleinzeitungen
- Pressemitteilungen (u.a. Verabschiedung des neuen Bundeshaushaltes)
- DKP-Unterschriftenbarometer im Internet/UZ
- Kampagnenagitation via Social Media (regelmäßige Kurz-Statements, Grafiken etc.)
- Begleitung der Kampagne in der UZ durch verstärkte regelmäßige Berichterstattung über die Kampagnenthemen, Stand und Erfolge der Unterschriftensammlung insgesamt sowie der DKP-Beiträge zu der Sammlung
- Neuauflage des Aufklebers „Meinst Du die Russen wollen Krieg?“
- Ggf. Wiederauflage des Pins „Roter Stern mit Friedenstaube“

Zeitplan/Termine

1. Mai Aktionstag für die Unterschriftensammlung

Bildungszeitung: Spätestens 30. Juni

Mobilisierungsflyer Büchel:

Friedensinfo Antikriegstag: 5. August

Sitzung Friedenskommission: 5. August

Verantwortlichkeiten

Gesamt: Patrik K/Björn S

Friedensinfo: Björn S

Sammlung und Verbreitung von Aktionsbeispielen: Björn S

Kurzartikel zur Verwendung in Kleinzeitungen: N.N.

Bildungszeitung: Bildungskommission

Veranstaltungskonzept/Referentenliste: Björn S

Bundesweite Bündnisarbeit im Rahmen von a.-s.-a.: N.N.

Vorläufiger Abschluss auf dem UZ-Pressfest: N.N.

(einstimmig angenommen)

Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des 20. UZ-Pressfestes

1. Allgemein

Das 20. UZ-Pressfest findet vom 7. - 9. September 2018 im Revierpark-Wischlingen in Dortmund statt. Die Vorbereitung und Durchführung des Festes wird durch die zentrale Pressfestkommission gemeinsam mit dem Sekretariat des Parteivorstandes und in enger Abstimmung mit der UZ-Redaktion, den Bezirken, der Kreisorganisation Dortmund und der SDAJ organisiert.

Die Pressfestkommission besteht aus Wera Richter (Leiterin), Ulrich Abczynski (technische Leitung) und Klaus Leger (Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit). Zu den Sitzungen werden je nach Tagesordnung die Verantwortlichen für das politische Programm (Hans-Peter Brenner, Tina Sanders), das Kulturprogramm (Diana Kummer, Jane Zahn) und der verschiedenen Einzelbereiche eingeladen. Mit den Bezirken finden weitere Beratungen am 29.04.2018 und ggf. im Sommer 2018 statt.

Die UZ-Redaktion wird sich mit einer eigenen kleinen Bühne beim Fest präsentieren und steht in der Verantwortung, in der UZ regelmäßig für das Fest zu werben. Die Mitglieder des Parteivorstandes stehen in besonderer Verantwortung, bei der Absicherung des UZ-Pressfestes zu helfen – zum Beispiel bei der Absicherung der Bezirksbeiträge, durch die Übernahme von Verantwortung oder von Aufgaben in zentralen Bereichen wie der Agitation, Sicherheit oder Gästebetreuung oder der aktiven Beteiligung am politischen Programm. Mitglieder des Parteivorstandes sollten auch prüfen, ob sie beim zentralen Auf- und Abbau des Festes helfen können.

2. Zielstellung

Das UZ-Fest soll einen Beitrag zur Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung leisten, fortschrittliche Kräfte zusammenführen und einen Rahmen für die Darstellung von Initiativen und Projekten, aber auch für politische und strategische Debatten und Verabredungen für die Zusammenarbeit bieten. Hierbei können auch Streitfragen angefasst werden. Es geht dabei nicht darum, Gräben zu vertiefen oder das Trennende in den Vordergrund zu stellen, sondern zur politischen Verständigung beizutragen.

Das UZ-Pressfest soll die DKP und den Jugendverband an ihrer Seite, die SDAJ, stärken. Das tut es in erster Linie durch ein attraktives Programm und politische Ausstrahlung auf unser Umfeld und unsere Bündnispartner. Das tut es aber auch nach innen durch das solidarische Zusammenarbeiten und Organisieren eines großen Festes, das ein Aushängeschild der DKP ist.

Um diese Wirkung nach innen und außen zu entfalten, mobilisieren wir gezielt FreundInnen, SympathisantInnen und Jugendliche aus dem Umfeld, aber auch ehemalige und inaktive Mitglieder zum Fest und organisieren ggf. die gemeinsame Anreise. Wir versuchen insbesondere KollegInnen aus Betrieben und Gewerkschaften zu gewinnen. Es ist sinnvoll, SympathisantInnen auch gezielt als HelferInnen zu gewinnen.

Die Grundorganisationen gehen planmäßig an die Mobilisierung, erstellen entsprechende Listen, und nutzen dafür das Werbematerial, die UZ-Extra und den Verkauf der Soli-Buttons. Die Bezirks- und Landesorganisationen kontrollieren und fassen die Planungen zusammen und diskutieren über Möglichkeiten der gemeinsamen Anreise.

Wir nutzen das UZ-Pressfest für Gespräche mit SympathisantInnen über das Abschließen von UZ-, Marxistische-Blätter- oder Positions-Abonnements und ggf. über die Mitgliedschaft in der DKP und in Soja. Die Bezirks- und Landesorganisationen achten darauf, dass GenossInnen trotz der anstehenden Arbeiten dafür Kapazitäten haben. In den Bezirksbeiträgen ist auch über Eintrittsrunden nachzudenken.

Mit den Bezirken Ruhr- und Rheinland-Westfalen und der Kreisorganisation Dortmund findet eine Beratung zur Werbung in Dortmund und Umgebung statt.

Neben der Agitation durch die Bezirks- und Landesorganisationen spielt die zentrale Agitation auf dem Fest selbst eine große Rolle. Im Mittelpunkt stehen die Verteilung der UZ und das Einwerben von Probe-AbonentInnen sowie der Verkauf von Soli-Buttons zur Finanzierung des Festes.

3. Politische Ausrichtung des UZ-Pressfestes

„Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ – dieser Dreiklang umreißt die Gesamtausrichtung des 20. UZ-Pressfestes. Das entspricht auch der Auswertung des 19. UZ-Festes, wonach wir, bei einer weiterhin deutlichen

Gewichtung auf die Friedenspolitik, den gewerkschaftlichen Kämpfen und unseren internationalen Gästen einen höheren Stellenwert im Programm einräumen möchten. Das Programm wird mit dem Ziel, auch attraktiv für Jugendliche zu sein, organisiert.

Das 20. UZ-Pressesfest findet in einem besonderen Jahr statt: 200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ. Diese Jubiläen werden in unterschiedlichen Formen und Beiträgen gewürdigt. Der Rote Faden soll auch hier unser Dreiklang „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ sein. Wir wollen so vor allem nach außen darstellen, was KommunistInnen in ihrer Geschichte geleistet haben, wofür sie bis heute stehen, als uns nach innen zu feiern.

Höhepunkte sind das Antikriegsmeeting am Samstagabend auf der Hauptbühne mit der Übergabe der Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ und das Programm in der Kunst- und Kulturhalle, das sich vor allem um den 200. Geburtstag von Karl Marx dreht. Dazu sollen – nach Möglichkeit koordiniert – auch Programmpunkte in den Bezirksbeiträgen gehören. Dabei kann es sich um Zeitzeugengespräche, kulturelle Rückblicke oder auch Eintrittsrunden mit KommunistInnen verschiedener Generationen handeln.

Frieden

Entsprechend der politischen Situation und unserer Beschlusslagen, darunter der Beschluss zur Sammlung von 30 000 Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ bis zum Pressesfest, bleibt die Friedenspolitik das übergeordnete Thema.

Angesichts der Situation in Dortmund mit einer neofaschistischen Szene, die die Stadt für sich beansprucht, müssen wir auch dagegen agitieren. Wir werben erneut mit dem Slogan „Fest des Friedens - Nein zu Krieg und Faschismus!“

Zu den Themen Frieden und Antifaschismus gibt es jeweils eine zentrale Diskussionsrunde des Parteivorstands. Mit der Veranstaltung auf der Hauptbühne am Samstagabend wollen wir an die positiven Erfahrungen mit dem Antikriegsmeeting des letzten Festes anknüpfen. Anlässlich der Geburtstage von KPD, DKP und SDAJ beleuchten wir den Friedenskampf der KommunistInnen seit Gründung der KPD bis heute. Einbezogen werden kulturelle Beiträge, Zeitzeugen und internationale Gäste.

Arbeit

Bereits beim 19. UZ-Pressesfest haben wir Branchentreffen und gewerkschaftlichen Treffen bzw. Stammtischen auf dem Fest einen größeren Stellenwert gegeben. Daran wollen wir anknüpfen. Wir haben ausgewertet, dass wir die Treffen, die in verschiedenen Bezirksbeiträgen stattgefunden haben, stärker bündeln wollen.

Zu den Themen Personalbemessung und Arbeitszeitverkürzung gibt es zentrale Diskussionsrunden des Parteivorstandes. Darüber hinaus werden, wenn möglich gemeinsam mit der SDAJ, folgende Branchentreffen und gewerkschaftliche Stammtische in Zusammenarbeit mit zu benennenden Bezirken (Vorschläge in Klammern) organisiert:

- Branchentreffen: Gesundheit (HH), Bildungs- und Erziehungswesen (B), Automobil (Nds)
- Stammtische: Ver.di (Ruhr/Rheinland), IG Metall (BaWü), EVG (B)

Solidarität

Einen großen Stellenwert hat die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba auf unserem Fest. Die Casa Cuba ist ein Treffpunkt für die bundesweite Solibewegung. Die Kuba-AG steht in der Verantwortung, ein entsprechendes politisches Programm zu organisieren. Der Parteivorstand und die Internationale Kommission müssen hier ggf. unterstützen.

Neben der Casa Cuba wollen wir auf dem 20. UZ-Fest ein Internationales Zelt als Treffpunkt unserer internationalen Gäste einführen, in dem auch Diskussionsrunden mit ihnen stattfinden. Die Casa Cuba und das Internationale Zelt werden mit Ständen unserer internationalen Gäste verbunden. Dazu gehört ggf. auch ein kleines Zelt der Botschaft Venezuelas.

Eine der zentralen Runden des Parteivorstandes findet mit internationalen Gästen statt.

Bündnispartner und Gäste

Entsprechend dieser Ausrichtung laden wir zentral unsere Bündnispartner aus der Friedens- und antifaschistischen, der sozialen Bewegung und die Einzelgewerkschaften des DGB zum Fest ein und bieten ihnen die Möglichkeit, sich darzustellen. In Zusammenarbeit mit den Bezirksorganisationen Ruhr- und Rheinland und der Kreisorganisation Dortmund laden wir insbesondere auch örtliche und regionale Organisationen und Gewerkschaftsgliederungen ein. Gemeinsam mit der SDAJ laden wir Gewerkschaftsjugendlichen und demokratische Jugendorganisationen ein.

Wir laden VertreterInnen kommunistischer- und Arbeiterparteien weltweit ein. Zudem werden die Botschaften der Länder mit sozialistischer Orientierung und Venezuelas eingeladen sowie Solidaritätsorganisationen, die zu diesen Ländern arbeiten.

Gemeinsam mit der Kreisorganisation Dortmund bemühen wir uns erneut um die Einladung von Geflüchteten.

4. Bestandteile des Festes

Unser Fest lebt von der Mischung aus zentralem Programm, Bezirksbeiträgen und den Beiträgen von engen Bündnispartnern. In der Auswertung des letzten Festes haben wir festgehalten, dass das zentrale Programm stärker hervorgehoben und erkennbarer sein muss, dass zentrale Programmpunkte an dafür geeigneten und ausreichend Platz bietenden Orten stattfinden müssen.

Die Bezirksbeiträge bereichern das Fest durch regionale inhaltliche, kulturelle, aber auch kulinarische Angebote. Sie sind zudem wichtig für die Parteistärkung nach innen, weil sie den Zusammenhalt der GenossInnen stärken und dort Bindungen zu SympathisantInnen gefestigt werden können. Wir hielten in der Auswertung fest, dass wir zu viele Dopplungen im Programm vermeiden wollen. Wir versuchen das, wie angedeutet, durch die Koordination im Bereich der gewerkschaftspolitischen Programmpunkte sowie der Veranstaltungen zu unseren Jubiläen.

4.1. Zentrale Bereiche

Das zentrale Programm – kulturell und inhaltlich – findet erneut auf der Hauptbühne, in der Casa Cuba und der Eissporthalle statt. Zentral wichtige Bereiche sind darüber hinaus der Jugendbereich, das Kinderfest und der Internationale Bereich.

Hauptbühne

Auf der Hauptbühne finden zwei bis drei zentrale Veranstaltungen statt:

- Freitagabend: Ska-Konzert mit Mobilisierung Jugendlicher aus Dortmund und Umgebung
- Samstagabend: Antikriegsmeeting und DKP-Geburtstagsfeier, Esther Bejarano und Konstantin Wecker
- Sonntagnachmittag: Abschlusskonzert (nur wenn attraktiver Beitrag gewonnen wird)

Kunst- und Literaturmarkt

Im Rahmen des Kunst- und Literaturmarktes in der Eissporthalle finden sich die zweite zentrale Bühne, eine Bühne der UZ-Redaktion, das Café K und das MASCH-Programm der Marx-Engels-Stiftung und der Marxistischen Blätter.

Das Programm auf der großen Bühne in der Eissporthalle dreht sich mit Auftritten der Grenzgänger, von Erich Schaffner, Rolf Becker, Quijote und Gina Pietsch um den 200. Geburtstag von Karl Marx.

Die Kunstaussstellung wird durch eine Ausstellung von Werken von Dieter Süverkrüp aufgewertet.

Das Café K wird durch die Kreisorganisation Recklinghausen abgesichert. Hier fehlen weitere HelferInnen.

Internationale Solidarität

Zum Internationalen Bereich zählen die Casa Cuba, das Internationale Zelt und die Straße der Internationalen Solidarität, die beide Zelte verbindet. Verantwortlich sind die Internationale Kommission und die Kuba AG. Sie werden unterstützt von den Bezirken Nord- und Südbayern, die eigene Programmpunkte im Internationalen Zelt anbieten.

Jugendbereich

Der Jugendbereich wird durch die SDAJ konzipiert und organisiert. In diesem Bereich sollen auch Bündnispartner wie die Didf-, und Naturfreundejugend und Gewerkschaftsjugenden ihren Platz finden. Der Parteivorstand steht in der Verantwortung zu helfen, wenn nötig.

Kinderfest

Der Kinderbereich begrüßt die Gäste am Anfang des Pressefestgeländes. Dort gibt es Programmpunkte wie LiedermacherInnen, Clowns oder Zauberern.

4.2. Bezirke und Landesorganisationen

Folgende Bezirke planen gemeinsame Beiträge bzw. führen Gespräche dazu:

- Ruhr- und Rheinland-Westfalen, KO Dortmund: Roter Markt NRW & Perle vom Borsigplatz
- Hessen/Baden-Württemberg
- Ostdeutsche Bundesländer und Berlin: Leninplatz am See
- Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen: Kogge, Zelt und Kleinkunsthöhne
- Rheinland-Pfalz/Saarland: Film- und Programmzelt

4.3. Bündnispartner

Das UZ-Fest ist das Fest der Linken. Wir beziehen Bündnispartner in das Programm ein und geben ihnen die Möglichkeit sich darzustellen. Dabei sind wir bemüht, strategische Fragen zum Beispiel um die Ausrichtung der Arbeit der Friedens- und antifaschistischen Bewegung und Gemeinsamkeiten zu fördern und wo möglich auch Verabredungen für die weitere Zusammenarbeit zu treffen.

Im Rahmen des Pressefestes wollen wir die Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ übergeben und über die weitere Arbeit mit dem Appell beraten.

Neben Kleinständen werden folgende Organisationen größere Beiträge organisieren:

- Die Linke
- junge Welt/Melodie & Rhythmus (am See als Bestandteil des Leninplatzes)
- DDR-Kabinett, GRH & Rotfuchs (am See als Bestandteil des Leninplatzes)
- VVN/Heideruh

5. Organisation

In Auswertung des 19. Pressefestes haben wir festgestellt, dass wir im zentralen Helferbereich an Grenzen der Belastung gestoßen sind. Das war zum Teil wetterbedingt, hat aber auch mit dem zum Teil hohen Alter von zentralen HelferInnen mit der nötigen Erfahrung und mit Fachkenntnissen zu tun. Wir müssen die zentrale Organisation besser absichern und Übergaben organisieren. In diesem Sinne wurde bereits eine vierköpfige technische Leitung gebildet.

Das Fest kann nur durchgeführt werden, wenn die zentralen Aufgaben abgesichert werden. Das ist bisher noch nicht überall der Fall. So fehlen Verantwortlichkeiten und helfende Grund- oder Kreisorganisationen beim Kinderfest, aber auch beim Kunst- und Literaturmarkt. Bereits bei den letzten Festen haben wir deshalb darum gerungen, den Arbeitsaufwand in den Bezirksbeiträgen durch das Zusammenarbeiten von Bezirken zu verringern, um Kräfte zu sparen und Bezirke auch gebeten, in zentralen Bereichen Verantwortung zu übernehmen. Bei der Absicherung des Internationalen Bereiches helfen dieses Mal die Bezirke Nord- und Südbayern, beim Filmzelt der Bezirk Rheinland-Pfalz. Sie bekommen die Möglichkeit, in diesen Bereichen auch eigene Programmpunkte zu organisieren.

Im organisatorischen Bereich muss insbesondere der Bereich der Sicherheit ernst genommen werden. Es fehlen Verantwortliche für das Spülmobil und die Bewirtschaftung des Zelt- und Parkplatzes und ggf. die

Verkehrslenkung. Sollten diese Bereiche nicht abgesichert werden können, muss bei Bezirksbeiträgen eingeschränkt werden. In diesem Sinne haben wir weiter daran gearbeitet, Bezirksbeiträge zusammenzufassen und den Helfereinsatz zum Beispiel durch das Betreiben gemeinsamer Getränkestände effektiver zu gestalten.

6. Verantwortlichkeiten

- Pressefest-AG: Wera R (Leitung), Uli Abc, Klaus L
- Technische Leitung: Uli Abc
- Politisches Programm: Hans-Peter B, Tina S
- Kulturprogramm: Diana K, Jane Z
- Internationale Gäste/Casa Cuba: Günter P/Daniel K
- Finanzen/Öffentlichkeitsarbeit: Klaus L
- Agitation: Thorsten L, Gustl B, NN (Ruhr-Westfalen)

(einstimmig angenommen)

100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahre KPD – Für eine Ostsee als Meer des Friedens

Anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution führt die DKP Ende Oktober/Anfang November 2018 einen bundesweiten Aktionstag in Kiel durch.

Hierzu wird sie bundesweit mobilisieren.

Dabei lässt sich zum Beispiel an eine von einem lokalen Bündnis für Samstag, den 03. November 2018, angemeldete Gegendemonstration anknüpfen und in zeitlicher Nähe zusammen mit dem Bezirk Schleswig-Holstein eine Konferenz/Abendveranstaltung zum Thema „100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahre KPD – Für eine Ostsee als Meer des Friedens“ organisieren.

(einstimmig beschlossen)

Begründung:

Ein Jahr nach dem Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution in Russland entzündete der Kieler Matrosenaufstand Anfang November 1918 das Feuer der Revolution in Deutschland. Ihr unmittelbarer Auslöser war der Flottenbefehl der Seekriegsleitung vom 24. Oktober 1918. Er sah vor, die deutsche Hochseeflotte trotz der bereits feststehenden Kriegsniederlage Deutschlands in eine letzte Schlacht gegen die britische Royal Navy zu entsenden. Gegen diesen Plan richtete sich die Meuterei einiger Schiffsbesatzungen, die in den Kieler Matrosenaufstand mündete. Dieser wiederum entwickelte sich innerhalb weniger Tage zur Revolution, die das ganze Reich erfasste.

Er wurde Fanal und besiegelte das Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges und des Kaiserreichs. Millionen Menschen standen auf gegen Armut, Unterdrückung und das sinnlose Morden, welches wenige Profiteure auf Kosten der Massen verordnet hatten. Überall in Deutschland bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Alternative eines anderen, sozialen und direkt-demokratischen, weil sozialistischen, Deutschlands war greifbar!

Aus der revolutionären Kraft und der Vision einer besseren Gesellschaft entstand die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als Trägerin all dieser Ideale.

100 Jahre nach der Novemberrevolution versuchen aktuell in Schleswig-Holstein SPD und Gewerkschaften, die damaligen Ereignisse als „Geburtsstunde der bürgerlichen Demokratie“ heutiger Prägung umzudeuten. Zudem werden die Ostsee und viele Ostseeanrainerstaaten seit geraumer Zeit wieder zum Aufmarschgebiet der NATO, um mit Manövern gegen Russland „Stärke zu demonstrieren“.

Gerade im Rahmen der aktuellen antimilitaristischen Ausrichtung der Partei, u. a. mit der Unterstützung des Aufrufes „abrüsten statt aufrüsten“, würde es uns gut zu Gesicht stehen, hier ein deutliches Gegensignal unter dem Motto „Sozialismus oder Barbarei!“ zu setzen.

Dies würde umso stärker wirken, wenn wir eine Vernetzung mit anderen Kommunistischen Parteien der Ostsee-Anrainerstaaten / Skandinaviens herstellen könnten, um die alte DDR-Forderung nach der „Ostsee als Meer des Friedens“ wieder mit neuem Leben zu füllen.

Auch wenn ein von uns alleine zu mobilisierendes Demonstrationspotential in Großstädten wie Berlin, München, Hamburg, Dortmund, etc. bei einer Demonstration vielleicht eher als „kleines Häuflein“ gewertet würde, so hätte es in Kiel hingegen eine große Wirkung, da z. B. Ostermärsche, Gewerkschaftsaktionen oder vergleichbare Demos i. d. R. eher in Größenordnungen von 100 bis max. 300 Personen stattfinden.

Eine „reine KommunistInnen-Demo“ oder ein starker kommunistischer Block im Rahmen der Bündnisdemo in gleicher oder etwas höherer Personenstärke würde daher für viel Aufsehen sorgen – selbst mediale Aufmerksamkeit scheint regional möglich und würde damit ein Gegengewicht gegen die bürgerliche Umdeutung der Novemberrevolution setzen. Dies wäre für die Partei insgesamt und im speziellen für den Bezirk Schleswig-Holstein „Gold wert“.

EU-Wahlen 2019

Der Parteivorstand stellt folgende Überlegungen zur EU-Wahl 2019 zur Diskussion:

Die Herangehensweise an die EU-Wahlen 2019 erfordert politisch eine Konzentration auf die Frage Krieg und Frieden, gegen Demokratieabbau für Solidarität.

Diese politischen Ziele können nicht durch den Aufruf zur Wahl einer anderen Partei erreicht werden.

Wir schlagen deshalb die Eigenkandidatur der DKP vor und orientieren auf eine bundesweite offene Liste.

Die undemokratischen Wahlgesetze der Bundesrepublik verbieten eine echte Bündniskandidatur. Sie erlauben leider nur die Kandidatur von Freundinnen und Freunden, die keiner anderen Partei (auch nicht im Maßstab der EU) angehören, auf einer offenen Liste.

Die Aufstellung der Liste soll nach dem UZ-Pressfest erfolgen

Über diese Punkte und damit über die Frage des Eingreifens in die EU-Wahlen 2019 sollen die Gliederungen der Partei diskutieren, um eine Grundlage für die Entscheidung des Parteivorstands zu erarbeiten. Diese soll möglichst im Juni 2018, spätestens im August 2018 erfolgen.

(beschlossen bei 2 Nein-Stimmen)

Begründung:

- 1) Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden voraussichtlich am 26. Mai 2019 statt.
 - 2) Formal gibt es die Möglichkeit, sich als Partei oder als „sonstige politische Vereinigung“ an den Wahlen zu beteiligen. Bei beidem ist es so, dass auf den Listen keine Menschen kandidieren dürfen, die Mitglied in anderen Parteien sind. D.h. es gibt genauso wenig wie bei den Bundestagswahlen reale Bündnismöglichkeiten. Für parteilose Bündnispartner ist eine Kandidatur auf einer „offenen Liste der DKP“ politisch schwierig, weil sie sie in eine Absagesituation an die Partei „Die Linke“ bringt.
 - 3) Politisch sehen wir es so, dass ein Wahlaufruf zu Gunsten der Partei „Die Linke“ weder für eine Mobilisierung für eine stärkere Friedensbewegung bzw. Arbeiterbewegung, aber auch nicht für den Kampf um eine stärkere DKP steht.
 - 4) Eine Kandidatur der DKP erfordert zur Absicherung auf Bundesebene die Sammlung von 4.000 Unterschriften unter eine „gemeinsame Liste für alle Länder“ (Bundesländer) und die formal korrekte Aufstellung dieser Liste auf einer bundesweiten Mitgliederversammlung. Dies sind im Verhältnis zum Effekt relativ niedrige Hürden.
-

Parteivorstandswahlen auf dem 22. Parteitag der DKP

Als 32. Mitglied des DKP-Parteivorstands mit der geringsten Zahl an Ja-Stimmen wurde dem 22. Parteitag der Gen. Lothar Geisler genannt. Die Wahlkommission hat Lothars Wahl festgestellt und bekannt gegeben, obwohl der Gen. Mario Berríos Miranda die gleiche Anzahl von Ja-Stimmen hatte. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Wahlkommission war eine geringere Anzahl von Nein-Stimmen für Lothar gegenüber Mario.

Die Vorsitzenden der DKP und die Wahlkommission sehen das Heranziehen der Nein-Stimmen auch im Rückblick und in Abwägung der anderen Optionen als eine richtige Entscheidung. Der Leiter der Wahlkommission hätte bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse den Parteitag allerdings über das Problem informieren müssen, um damit eine ausreichende Transparenz herzustellen.

Der Parteivorstand nimmt die Entscheidung zur Kenntnis und beauftragt das Sekretariat, die Delegierten des 22. Parteitags darüber zu informieren.

(angenommen bei 4 Nein-Stimmen)

Wahlen der Gremien des Parteivorstandes

1. Sekretariats des Parteivorstandes

Die Aufgaben des Sekretariats ergeben sich aus dem Statut und der vom Parteivorstand beschlossenen Arbeitsweise des Parteivorstandes. Dem Sekretariat gehören der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden an. Sie haben die Aufgabe, die Sitzungen des Sekretariats vorzubereiten und die Umsetzung der Beratungsergebnisse zu organisieren. Gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern des Sekretariats, haben sie die Aufgabe, die Parteivorstandstagungen vorzubereiten. Das Sekretariat ist ein Arbeitsausschuss des Parteivorstandes. Es ist dem Parteivorstand in vollem Umfang informations- und rechenschaftspflichtig. Dem Sekretariat gehören an:

- Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
- Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
verantwortlich: Marxistische Theorie und Bildung
- Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
verantwortlich: Organisationspolitik

folgende weitere Mitglieder wurden für die Arbeit in das Sekretariat gewählt:

- Michael G., Kommunalpolitik (26 Stimmen)
- Olaf H., Betrieb & Gewerkschaft (26 Stimmen)
- Klaus L., Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit (28 Stimmen)
- Lars M., UZ-Chefredakteur (27 Stimmen)
- Björn S., Friedensarbeit (27 Stimmen)

(bei 28 abgegebenen gültigen Stimmen)

2. Bundeskassierer/Finanzkommission

Entsprechend der Finanzordnung finanziert sich die Partei aus Beiträgen, Sammlungen, Spenden und anderen Einnahmen. Einzelheiten regelt die Beitrags- und Finanzordnung. Entsprechend dem Statut wählt der Parteivorstand zur Verwaltung der Geldmittel und des Vermögens eine/n Kassierer/in. Die/ der Kassierer/in ist für die Vorlage der jährlichen Rechenschaftsberichte an das Bundestagspräsidium verantwortlich.

Entsprechend des Statuts (Artikel 14, Punkt 2) wählt der Parteivorstand eine Finanzkommission unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Bezirks- bzw. Landesvorständen. Sie ist dem Parteivorstand und dem Parteitag in vollem Umfang rechenschafts- und informationspflichtig.

Die Finanzkommission hat die Aufgabe, als Kollektiv dazu beizutragen, der Partei finanzielle Mittel zu sichern, eine realistische Planung und eine Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben vorzunehmen. Sie stellt sich die Aufgabe, Möglichkeiten zur finanziellen Sicherung der Existenz und der Weiterentwicklung der DKP zu erarbeiten und vorzuschlagen. Sie legt dem Parteivorstand halbjährlich einen Bericht vor, der auf der Grundlage der Prüfung der Zentralen Revisionskommission erarbeitet wird.

Als Bundeskassierer und Leiter der Finanzkommission wurde gewählt:

- Klaus L. (26 Stimmen)

Als weitere Mitglieder der Finanzkommission wurden gewählt:

- Axel KS. (Düsseldorf/Rheinland-Westfalen) (24 Stimmen)
- Ulrich K. (Bottrop/Ruhr-Westfalen) (28 Stimmen)
- Norbert M. (Gütersloh/Ruhr-Westfalen) (27 Stimmen)
- Ralf M. (Hamburg, ZRK) (26 Stimmen)

- Werner S. (Recklinghausen/Ruhr-Westfalen) (26 Stimmen)
- Olaf S. (Essen/Ruhr-Westfalen, PV-Buchhaltung) (28 Stimmen)
- N.N. (Bezirks- oder Kreiskassierung)

(bei 28 abgegebenen gültigen Stimmen)

3. UZ-Redaktion/Redaktion news.dkp.de

Als MitarbeiterInnen der UZ-Redaktion wurden einstimmig bestätigt:

- Lars M. (Teilzeit), Chefredakteur
- Herbert B. (Teilzeit)
- Thomas B. (Vollzeit), Bild- und Onlineredaktion
- Melina D., Volontariat
- Nina H., Minijob
- Christoph H., Volontariat
- Manfred I. (Teilzeit)
- Olaf M. (Wiedereinstieg in Teilzeit)
- Werner S. (Vollzeit)

Als Chef-Redakteur von news.dkp.de wurde einstimmig bestätigt:

- Lars M.

4. PressesprecherIn

Das Sekretariat des Parteivorstandes wird beauftragt, bis Ende 2018 einen Vorschlag für eine/n PressesprecherIn zu machen. Bis dahin unterstützt Christoph H. den Parteivorstand bei der Pressearbeit.

(einstimmig beschlossen)

5. Einsatz hauptamtlich Beschäftigter des Parteivorstandes

Für die hauptamtliche Beschäftigung werden vorgeschlagen:

- Wera R.
- Klaus L.

(einstimmig beschlossen)

6. Zuständigkeit der Schiedskommissionen

Der Parteivorstand beschließt auf seiner 2. PV-Tagung im Juni 2018 über die Zuständigkeit benachbarter Schiedskommissionen für Bundesländer, in denen derzeit keine Bezirks- oder Landesschiedskommission (BSK/LSK) besteht und die Vertretungen von zeitweise nicht handlungsfähigen Bezirks- oder Landesschiedskommission.

7. Kommissionen und Kommissionsleiter/innen

Der Parteivorstand beschließt folgende Kommissionsleiter/innen.

- Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik / Olaf H
- Kommission Frieden und Antimilitarismus / Björn S
- Kommission Marxistische Theorie und Bildung / Hans-Peter B
- Geschichtskommission / Erik H
- Umweltkommission / Tina S
- DKP-Arbeitsgruppe queer / Thomas K
- Internationale Kommission (IK) / Günter P
- AG Kuba-Solidarität als Bestandteil der IK // Daniel K

Das Sekretariat des Parteivorstandes wird beauftragt, bis Ende 2018 eine/n neue/n LeiterIn für die Internationale Kommission zu benennen.

Es wird zudem beauftragt, Ansprechpartner/innen des Sekretariates für die Kommissionen zu benennen, sollte kein Mitglied der Kommission im Parteivorstand vertreten sein.

Für folgende Kommissionen werden die Leitungen auf einer der kommenden PV-Tagungen benannt:

- Kommission Kommunalpolitik
- Jugendkommission
- Frauenkommission
- Ostkoordination

Für folgende Arbeitsbereiche wird die Bildung einer Kommission in dieser Wahlperiode angestrebt:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Kulturkommission

8. Karl-Liebknecht-Schule

Mit der Leitung der Karl-Liebknecht-Schule wurden die Genossen Hans-Peter B., Percy P., Richard H. beauftragt.

(bei 1 Gegenstimme)

Arbeitsweise des Parteivorstandes/Geschäftsordnung

Dem Statut der DKP, Artikel 8 II, entsprechend, beschließt der Parteivorstand über seine Arbeitsweise und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Zur Arbeitsweise des Parteivorstandes

I. Parteivorstand

Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Parteitagungen. Er tritt mindestens alle drei Monate zusammen und wird durch die Vorsitzenden, das Sekretariat oder auf Antrag eines Drittels aller Parteivorstandsmitglieder einberufen.

Der Parteivorstand fasst seine politischen und organisatorischen Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagsbeschlüssen und der Diskussionen der Parteimitglieder und Parteigliederungen.

Der Parteivorstand erarbeitet Entscheidungsvorschläge zu politischen Aufgaben, die von der Partei als Ganzes zu lösen sind. Er organisiert, falls erforderlich, die dazu notwendige Parteidiskussion und fasst die sich daraus ergebenden, für die gesamte Partei verbindlichen Beschlüsse. Dies gilt auch für die Unterstützung und/oder die Beteiligung an zentralen Kongressen und Veranstaltungen sowie für Entscheidungen zur Teilnahme und Aufrufe zu Bundestags- und Europawahlen.

Es geht um die Vervielfachung unserer Kräfte. Um sie wirksam werden zu lassen, kommt der Überzeugungsarbeit und der Vermittlung der Beschlüsse sowie deren Umsetzung mit der gesamten Partei hohe Bedeutung zu. Sowohl bei der Diskussion um Beschlüsse und ihrer Vermittlung als auch bei der Umsetzung von Beschlüssen stehen die Mitglieder des Parteivorstandes in besonderer Verantwortung in ihren Bezirken sowie bei der Absicherung zentraler Vorhaben wie von Konferenzen, Aktionstagen oder von Materialien.

Der Parteivorstand ist der Herausgeber der Wochenzeitung UZ und der Internetauftritte der UZ und des Parteivorstandes. Er entscheidet über deren inhaltliche Konzeption und die Zusammensetzung der Redaktionen.

Der Parteivorstand wählt die zu seiner Arbeit erforderlichen Leiter/innen von Kommissionen des Parteivorstandes sowie einen Kassierer. Der Parteivorstand entscheidet über den Einsatz hauptamtlicher Kräfte zur Realisierung seiner Führungsarbeit.

Der Parteivorstand erarbeitet sich einen längerfristigen Themen- und Terminplan seiner Sitzungen, aus denen sich der konkrete Umfang der Parteivorstandssitzungen ergibt. Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel auf der Grundlage konkreter Beschlussvorlagen und Anträge. Beschlussvorlagen für den

Partei Vorstand werden von den Parteivorsitzenden bzw. dem Sekretariat erarbeitet. Alle Parteivorstandsmitglieder haben das Recht, schriftlich oder mündlich in die Beratungen des Parteivorstandes Anträge und Beschlussvorlagen einzubringen und ihren Standpunkt darzulegen. Auch die Kommissionen haben für das jeweilige Sachgebiet Vorschlags- und Antragsrecht. Beschlussvorlagen sollen den Parteivorstandsmitgliedern in der Regel eine Woche vor den Parteivorstandstagen zugestellt werden. Fragestunden können auf Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Parteivorstand wird über alle wichtigen politischen Vorgänge und über die politische, ideologische und organisationspolitische Entwicklung der Partei sowie über Entwicklungen mit der DKP befreundeter Organisationen und Institutionen informiert.

Der Parteivorstand wird regelmäßig über die Mitglieder- und Finanzentwicklung sowie über die Entwicklung der UZ und des CommPress-Verlags informiert.

Für die laufende Arbeit wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte ein Sekretariat, das regelmäßig über seine Arbeit berichtet.

Die Parteivorstandsmitglieder werden pro PV-Tagung um eine Spende von 20 Euro für Tagungsunterlagen, Verpflegung und eine Umlage der Übernachtungskosten gebeten. Die Fahrkosten werden auf Wunsch erstattet, in der Regel von den Bezirk/Landesorganisationen. Die Parteivorstandsmitglieder werden gebeten, entsprechend ihren Möglichkeiten diese Fahrgelder der Partei zu spenden.

II. Geschäftsordnung

Der Parteivorstand ist bei Anwesenheit von 50 Prozent seiner Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlüsse werden in der Regel offen gefasst. Dies gilt nicht für Wahlen, die laut Statut geheim durchgeführt werden. Auf Antrag wird in Personalfragen geheim abgestimmt. Antragsberechtigt ist jedes Parteivorstandsmitglied.

Die Referate sollen in der Regel auf eine Stunde beschränkt bleiben. Wortmeldungen werden in der Reihenfolge der Abgabe quotiert nach dem Reißverschlussverfahren aufgerufen, Erstredner/innen gehen vor Zweitredner/innen. Die Redezeit in der Diskussion soll in der Regel 8 Minuten nicht überschreiten. Veröffentlichungen von Beschlüssen des Parteivorstandes und des Sekretariats erfolgen unter Nennung des jeweils beschlussfassenden Gremiums.

Handlungsorientierte Beschlüsse von Parteivorstand und Sekretariat sind für die Mitglieder des jeweiligen Gremiums verbindlich, auch wenn sie nicht ihrer Meinung entsprechen. Vor der Beschlussfassung sind die Mitglieder der jeweiligen Gremien verpflichtet, für ihre Meinung einzutreten; der Prozess der Entscheidungsfindung muss transparent sein.

Die Parteivorsitzenden und Mitglieder des Sekretariats haben das Recht, im Parteivorstand ihre Meinung darzulegen, auch wenn sie nicht mit der mehrheitlich gefassten Beschlusslage des Sekretariats übereinstimmt.

In der Regel werden Referate, Beschlüsse, abgelehnte Anträge und schriftliche Berichte des Sekretariats in DKP-Informationen veröffentlicht, in besonderen Fällen auch in der UZ. Über jeweils nicht zu veröffentlichende Teile von Parteivorstandstagen entscheidet der Parteivorstand auf Vorschlag der Tagungsleitung. Die Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen geschieht nur in Abstimmung mit den Redner/innen.

III. Teilnahme von Gästen an Parteivorstandstagen

Zu den Parteivorstandstagen werden die Vorsitzenden/stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission, die Redaktionsmitglieder der UZ und der Internetauftritte der UZ und des Parteivorstandes, der/die Pressesprecher/in sowie Vertreter/innen der Redaktion der Marxistischen Blätter eingeladen. Eingeladen werden auch die Bezirksvorsitzenden bzw. Sprecher/innen der Bezirke/Landesorganisationen und Vertreter der Koordinierungsräte, die Leitungen der Kommissionen des Parteivorstandes sowie der Karl-Liebknecht-Schule.

Weitere Gäste können entsprechend der Tagesordnung vom Sekretariat des Parteivorstandes eingeladen werden. Über das Rederecht weiterer Gäste wird jeweils durch den Parteivorstand entschieden.

IV. Sekretariat

Der Parteivorstand wählt ein Sekretariat (Artikel 9 des Statutes) als Arbeitsausschuss. Die Sitzungen des Sekretariates werden in der Regel vom Parteivorsitzenden geleitet. Das Sekretariat ist dem Parteivorstand in vollem Umfang weisungsgebunden, rechenschafts- und informationspflichtig. Dem Sekretariat kommt vor allem die Aufgabe zu, die Parteivorstandstagungen inhaltlich vorzubereiten, die Umsetzung der Beschlüsse zu organisieren und deren Kontrolle durch den Parteivorstand vorzubereiten. Das Sekretariat organisiert und erörtert in Zusammenarbeit mit Kommissionen Analysen und konzeptionelle Vorschläge für die politische, ideologische und organisatorische Entwicklung der Partei.

Das Sekretariat erarbeitet Tagesordnungs- und Terminvorschläge für Schwerpunkte und Diskussionsstruktur der Parteivorstandstagungen. Es erstattet dem Parteivorstand Bericht über seine Tätigkeit. Wenn es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kommt, ist der Parteivorstand darüber zu informieren.

Das Sekretariat ist für die Information der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse von Parteitag und Parteivorstand politisch verantwortlich. Dies erfolgt durch regelmäßige Informationen an die bezirklichen Gremien. Wenn notwendig, werden Beratungen des Sekretariats mit den Bezirksvorsitzenden und dort, wo es möglich ist, Beratungen mit bezirklichen Gremien durchgeführt.

V. Parteivorsitzende

Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden vertreten die Partei gemeinsam und einzeln nach außen. Sie übernehmen Einzelverantwortlichkeiten für bestimmte Arbeitsbereiche und erörtern zwischen den Sekretariatsitzungen politische und taktische Fragen, die sich aus aktuellen politischen Entwicklungsprozessen ergeben.

Sie bereiten die Sitzungen des Sekretariats vor und sichern die Umsetzung der Beratungsergebnisse. Zusammen mit dem Sekretariat organisieren sie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle.

VI. Kommissionen

Beim Parteivorstand werden Kommissionen sowohl für die dauerhafte Tätigkeit in einem Bereich als auch für die Erledigung konkreter, befristeter Arbeitsaufträge gebildet. Die Kommissionen sind Beratungsorgane des Parteivorstandes. Sie sind verantwortlich für die Erarbeitung konkreter Politik und von Beschlussvorlagen. Die Leiter/innen der Kommissionen werden zu spezifischen Tagesordnungspunkten in die Arbeit des Sekretariats einbezogen.

Über die Berufung in Kommissionen sowie die Benennung ihrer Leitungen entscheidet der Parteivorstand. In den Kommissionen können Parteivorstandsmitglieder und Mitglieder mit spezifischen Kenntnissen und Erfahrungen in Abstimmung mit den Bezirks-/Landesvorständen und Koordinierungsräten arbeiten. Die Mitarbeit in Kommissionen befreit die Mitglieder nicht von der Mitarbeit in ihren Grundorganisationen. Kommissionen können auch Nichtmitglieder der Partei zur beratenden Mitarbeit hinzuziehen. Die Kommissionen tagen mit Ausnahme der Internationalen und der Finanzkommission parteiöffentlich. Die Kommissionen führen Protokolle ihrer Sitzungen, die dem Parteivorstand schriftlich zur Kenntnis gegeben werden.

Genossinnen und Genossen, die für Antragskommissionen auf Parteitagen nominiert werden, können vor Parteitagen zusammenkommen, um eingereichte Anträge zu bearbeiten und Vorschläge zu erarbeiten.

(einstimmig angenommen)

Terminplan des Parteivorstandes

2. PV-Tagung: 16./17. Juni 2018

3. PV-Tagung: 18./19. August 2018

4. PV-Tagung: 6./7. Oktober 2018

5. PV-Tagung: 8./9. Dezember 2018

Das Sekretariat wird beauftragt, der 2. PV-Tagung einen Themenplan für die PV-Tagungen 2018/19 vorzulegen.

(einstimmig beschlossen)

Richtlinien für die Tätigkeit der Finanzkommission des Parteivorstands der DKP in der Periode 2018-2020

In Artikel 14,2 des Statuts der DKP heißt es: „Der Parteivorstand wählt eine Finanzkommission unter Beteiligung von VertreterInnen von Bezirks- bzw. Landesvorständen. Sie ist dem Parteivorstand und dem Parteitag in vollem Umfang rechenschafts- und informationspflichtig.“

Entsprechend der Finanzordnung finanziert sich die Partei aus Beiträgen, Sammlungen, Spenden und anderen Einnahmen. Laut Statut wählt der Parteivorstand zur Verwaltung der Geldmittel und des Vermögens eine/n Kassierer/in.

1. Mitglieder der zentralen Finanzkommission (FiKo)

Die konstituierende Sitzung des Parteivorstands am 21./22. April 2018 wählte den Bundeskassierer als Leiter der FiKo und sechs weitere Mitglieder der FiKo. Noch unbesetzt ist ein Sitz in der FiKo aus den Reihen der Bezirks-/LandeskassiererInnen.

- Axel Köhler-S. (Düsseldorf/Rheinland-Westfalen)
- Ulrich K. (Bottrop/Ruhr-Westfalen, Kreiskassierer)
- Klaus L. (Münster/Ruhr-Westfalen, Leiter FiKo, UZ-Geschäftsführer, Kreiskassierer)
- Norbert M. (Gütersloh/Ruhr-Westfalen)
- Ralf M. (Hamburg, ZRK) [oder eine andere Vertreterin der ZRK]
- Werner S. (Recklinghausen/Ruhr-Westfalen, UZ-Redaktion)
- Olaf S. (Essen/Ruhr-Westfalen, PV-Buchhaltung)
- N.N. (Bezirks-/LandeskassiererIn)

2. Ziele

Die FiKo trägt als Kollektiv dazu bei, die Existenz und die Weiterentwicklung der DKP, ihre zentrale Arbeit, die UZ und weitere Projekte (u.a. Pressefeste, Wahlkämpfe, Parteitage, Marxistische Blätter) finanziell zu sichern. Sie erarbeitet die Finanzrahmenpläne als Beschlussvorlage für den Parteivorstand und kontrolliert die Einnahmen und Ausgaben regelmäßig.

3. Arbeitsweise

3.1) Die FiKo tagt zweimonatlich zwischen den Sitzungen des Parteivorstands. Die Einladungen mit dem Vorschlag für die Tagesordnung werden mindestens 10 Tage vor der Sitzung verschickt. Unterlagen werden, soweit möglich, vorab an die Mitglieder versandt.

3.2) Über die Sitzungen der FiKo wird ein Beschlussprotokoll angefertigt. Die FiKo benennt eine/n Protokollführer/in. Das Beschlussprotokoll wird vom Leiter der FiKo unterzeichnet und den FiKo-Mitgliedern spätestens 14 Tage nach der Sitzung zugeschickt. Auf der Grundlage des Protokolls wird zu Beginn der nachfolgenden Sitzung eine Beschlusskontrolle durchgeführt.

3.3) Ausgaben, die im Rahmen der Finanzpläne getätigt werden, können vom Kassierer, dem Parteivorsitzenden oder den stv. Parteivorsitzenden getätigt werden. Nicht budgetierte Ausgaben über 1.500 Euro bedürfen der mehrheitlichen Zustimmung der FiKo. Ein Umlaufbeschluss per Mail ist möglich. Bei Terminproblemen ersetzt die Zustimmung des Parteivorsitzenden oder der stv. Parteivorsitzenden das FiKo-Votum.

4. Aufgaben

4.1) Die FiKo erarbeitet Pläne für den Haushalt des PV und für zentrale Aktivitäten wie Pressefeste, Parteitage, Wahlkämpfe und anderes. Der Entwurf des Finanzplans für das jeweils kommende Geschäftsjahr (Kalenderjahr) wird bis zur letzten Sitzung des PV im Jahr erstellt.

4.2) Die FiKo informiert den PV mindestens halbjährlich über die finanzielle Entwicklung der DKP und legt ihm jährlich einen Bericht vor.

4.3) In jeder FiKo-Sitzung wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben analysiert. Bei deutlichen Planabweichungen werden dem PV Maßnahmen zur Gegensteuerung vorgeschlagen.

4.4) Halbjährlich wird der Stand der Beitragsabrechnung ausgewertet und dem PV zur Information vorgelegt. Es werden Maßnahmen zur Unterstützung der Kampagne zur Erhöhung des Durchschnittsbeitrags beschlossen und umgesetzt.

4.5) Die FiKo entwickelt Konzepte und Instrumente für ein systematisches Fundraising, darunter:

- Planung und Durchführung von Spendenkampagnen
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des DKP-Kampffonds
- Akquisition und Betreuung von GroßspenderInnen
- Aufbau und Pflege einer Datenbank
- Erschließung von neuen Erlösquellen (Shop, Festivals etc.)

4.6) Die FiKo erstellt beziehungsweise aktualisiert Material zu folgenden Themen:

- Handbuch Finanzen für Grundorganisationen (liegt als Entwurf vor)
- Handbuch Finanzen für Kreisorganisationen
- Handbuch Finanzen für Bezirks- und Landesorganisationen
- Leitfaden Erbschaften, Vermächtnisse (liegt vor, Verbreitung organisieren)
- Leitfaden für den rechtlichen und steuerlichen Umgang mit Spenden

4.7) Einmal pro Jahr finden regionale Beratungen mit den Bezirks- und LandeskassiererInnen, möglichst unter Einbeziehung von Gruppen- und KreiskassiererInnen statt. Die regionale Aufteilung und Verantwortung wird in der FiKo festgelegt.

4.8) Der Erhalt der Karl-Liebknecht-Schule (KLS) in Leverkusen als zentrale Parteibildungseinrichtung der DKP muss gesichert werden. Die FiKo erarbeitet in Abstimmung mit dem Parteivorstand und seinem Sekretariat, der Leitung der KLS und der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. als Eigentümerin des Hauses ein Nutzungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept. Für den laufenden Betrieb und die Unterhaltung der KLS werden zweckgebundene Spenden geworben.

4.9) Halbjährlich berichtet der CPV-Geschäftsführer in der FiKo und anschließend im PV über die Finanz- und Abo-Entwicklung der UZ. Einmal jährlich lädt die FiKo die Marxistischen Blätter, die Gedenkstätte Ernst-Thälmann und den Förderverein SOJA zu einer Finanzberatung ein.

Diese Richtlinien wurden von den Mitgliedern der Finanzkommission am 13.04.2018 beraten und durch die 1. Tagung des Parteivorstands am 21./22. April 2018 beschlossen

Finanzrahmenplan 2018

Der Finanzrahmenplan 2018, beschlossen auf der 12. Tagung des Parteivorstands im Januar 2018, wurde vom neuen Parteivorstand einstimmig bestätigt.

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstandes 21./22. April 2018, Essen

Weitere Materialien

Information zum Stand des politischen Programm des Parteivorstandes auf dem 20. UZ-Pressesfest

Inhaltliche Ausrichtung der Pressefestes und des Programms

Aktueller politischer Schwerpunkt in 2018 ist die Zuspitzung der Kriegsgefahr in Verbindung mit dem 50. Jahrestag der Neukonstituierung der DKP und der Gründung SDAJ sowie dem 100. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution, der Gründung der KPD und 200 Jahre Karl Marx.

Die Bezüge zu den Jahrestagen sollten sich durch das Programm ziehen, aber sie müssen nicht bei jeder Veranstaltung im Titel stehen. Der Bezug zum Thema Krieg unmittelbar vor unserer Haustür muss besonders gewichtet werden. Das Pressefest muss auch eine klare Antikriegsveranstaltung werden.

Als Parteivorstand wollen wir sechs zentrale Veranstaltungen absichern:

Antikriegsmeeting und Geburtstagsveranstaltung

Samstag vor dem Konzert auf der Hauptbühne // 1,5 bis 2 Stunden

- Redebeiträge zur Geschichte der DKP und SDAJ und der Tradition des antimilitaristischen Kampfes von KPD/DKP sowie FDJ-SDAJ. (P. Köbele/L. Kreymann)
- Grußworte aus der kommunistischen Weltbewegung (eventuell mit Liveübertragung zu den Partefestivals der PCP und der PdA-Belgiens) und befreundeten Organisationen und Gewerkschaft aus der BRD.
- Künstlerische Ausgestaltung eventuell zusammen mit Kai Degenhardt/Erich Schaffner

Verantwortlich: Tina S

Krieg und Frieden: „Denkst Du die Russen wollen Krieg? Imperialistischer Krieg und Kriegstreiber heute“

Eislaufhalle

Die Aggression der NATO und Atommächte USA, GB und Frankreich gegen Syrien und die Kriegshetze gegen Russland sowie die politische Unterstützung und unmittelbare Beteiligung der BRD und der anderen EU-Großmächte sollen im Mittelpunkt stehen.

Es geht ebenso um die Aufdeckung der Mechanismen der Kriegspropaganda und der psychologischen Kriegsführung, die im deutlichen Widerspruch zur Stimmung innerhalb der Bevölkerung der BRD stehen. Laut jüngsten ZDF Umfragen will eine klare Mehrheit weder einen Krieg gegen Syrien (58% der Befragten) – besonders nicht unter deutscher Beteiligung (78% Ablehnung) aber eine deutliche Mehrheit will vor allem auch keine Aggression gegen Russland.

Noch zu klären ist die Frage zu klären, ob wir eher eine Veranstaltung mit prominenten und zugkräftigen Namen haben wollen (etwa in der Liga Gabriele Krone-Schmalz) oder eher eine strategisch angelegte Runde, in der wir versch. Vertreter der Friedensbewegung – unbedingt auch mit Vertretern der Gewerkschaftsbewegung - an einen Tisch holen. Oder ob man daraus zwei Veranstaltungen macht.

Höhepunkt soll die Übergabe der von der DKP gesammelten Unterschriften im Rahmen der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ werden.

Verantwortlich: Björn S.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und seine Verbindung mit einer Strategie zur Beendigung des kapitalistischen Lohn- und Ausbeutungsverhältnisses

Eislaufhalle

30 Stunden Woche und 6 Stunden Tag als Regelarbeitstag bei vollem Personal und Lohnausgleich. In der Veranstaltung wäre es gut eine Verbindung zwischen den Kämpfen der IG Metall zur 28std/Woche und dem Kampf um Personalbemessung zu ziehen. Im Mittelpunkt sollte stehen, dass eine Kampagne für eine 30 Stundenwoche richtig wäre und diese Diskussion innerhalb der Gewerkschaften und Betrieben geführt werden soll.

Verantwortlich: Olaf H

Personalbemessung im Gesundheitswesen

Bezirkszelt

Verantwortlich Olaf H

Antifaschismus und autoritärer Sicherheitsstaat

Bezirkszelt

In ganz Europa sind rechte Bewegungen auf dem Vormarsch und die gesellschaftliche Debatte steht unter starkem ideologischen Druck von rechts. Was bedeutete das konkret? Besteht heute die Gefahr eines neuen Faschismus?

Was bedeutet in diesem Zusammenhang „Rechtspopulismus“ und die verstärkte soziale Demagogie („AfD: „sozialer Patriotismus“) darin ein. Was sind die Gründe für die Wirksamkeit sozialdemagogischer Parolen und Argumente bis weit in die Arbeiterklasse und Gewerkschaften hinein. Welche Antworten finden Sozialisten und Kommunisten

Verantwortlich: Michi Gö

Antikapitalismus und die Tauglichkeit antimonopolistischer und antiimperialistischer Strategiekonzepte

Diskussion über die richtige Strategie zum Kampf um den Sozialismus. Geplant ist eine Diskussion und Erfahrungsaustausch mit internationaler Beteiligung.

Auf welchen historischen Erfahrungen bauen antimonopolistische Strategie-Konzepte auf. Welche erfolgreichen aber auch nicht erfolgreichen Erfahrungen gibt es.

Wie unterscheiden sich solche auf einen Bruch mit dem Kapitalismus abzielenden antiimperialistischen und antimonopolistischen Überlegungen von reformistischen Transformationskonzepten oder auch ultralinken Vereinfachungen. erbaut werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die Frage nach den verschiedenen Versuchen zur Schaffung eines politischen und ökonomischen Gegengewichtes („Neue Seidenstraße“, „Shanghai-Group“, „strategisches Bündnis Russland-China“) gegen das Konzept eines „Multilateralismus“ unter der Hegemonie der imperialistischen Großmächte thematisiert werden.

Verantwortlich: Hans-Peter B

Stand Kulturprogramm des 20. UZ-Pressesfest zur 1. PV-Tagung, 21/22. April 2018

1. Hauptbühne

Freitag, 7. September 2018: Ska-Konzert

The Busters
Plus Lokale Ska-Band

Samstag, 8. September 2018

Internationales Antikriegsmeeting
Triester Partisanenchor
Esther Bejarano und Microphone Mafia
Konstadin Wecker

2. Bühne 2 (Eislaufhalle)

Freitag, 7. September 2018

Die Grenzgänger

Samstag, 8. September 2018

Erich Schaffner
GinaPietsch
Weber Herzog Musiktheater

Sonntag, 9. September 2018

Quoijote
Rolf Becker

3. Weitere Bühnen

Bands & Chöre

Burger Weekends
Compania Bataclan
Jazz-Polizei (Trio)
Microphone Mafia
Ruam
The Pokes
Walkabout-Clearwater-Chorus

LiedermacherInnen & KleinkünstlerInnen

Calum Baird
Achim Bigus
Kai Degenhardt
Klaus der Geiger (nur Freitag)
Susanne Kliebisch
Grobilyn Marlowe (Zauberer)
Schenker & Willke
Strom & Wasser
Tobias Thiele
